

**Klausurtagung
der CSU-Landtagsfraktion
vom 21. bis 23. September 2026
in Kloster Banz**



**„Bevölkerungsschutz
krisenfest aufstellen“**

Hybride Angriffe, Spionage und Sabotage kritischer Infrastruktur durch Russland und andere Akteure aus dem In- und Ausland sind real und haben die Anforderungen an den Bevölkerungsschutz grundlegend verändert. Bayern investiert 2026/2027 mit rund 80 Mio. Euro massiv in den Katastrophenschutz. Hinzu kommen Mittel zur Förderung der kommunalen Feuerwehren im Umfang von rund 240 Mio. Euro binnen der letzten fünf Jahre sowie zur Förderung des Rettungsdienstes (Berg- und Höhlen- sowie Wasserrettung) von ca. 36 Mio. Euro. Außerdem stellt der Freistaat Bayern im Doppelhaushalt 2026/2027 weitere 20 Mio. Euro aus dem Sondervermögen des Bundes für Investitionen in den Bevölkerungsschutz bereit.

Den Pakt für den Bevölkerungsschutz des Bundes (10 Mrd. Euro bis 2029) begrüßen wir ausdrücklich. Entscheidend ist jetzt die Umsetzung: Deutschland muss neben der militärischen Verteidigung bis 2029 eine starke zivile Verteidigungsfähigkeit aufbauen. Dafür braucht es eine verlässliche Finanzierung durch den Bund auch für weitere, ressortübergreifende Aufgaben der Zivilen Verteidigung sowie verbindliche Strukturen in den bayerischen Landkreisen und Kommunen. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

1. Ausstattung und Infrastruktur modernisieren

Verlässliche Finanzierung nach klarer Kennziffer: Wir unterstützen die Forderung der Innenministerkonferenz, dass der Bund künftig einen Mittelansatz von bis zu zehn Prozent aller jährlich für Zwecke der militärischen Verteidigung getätigten Investitionen für die Zivile Verteidigung einschließlich des Zivilschutzes bereitstellt. Eine verbindliche Kennziffer schafft Planungssicherheit vor Ort. Hierbei sind alle Bereiche der Zivilen Verteidigung, auch der gesundheitliche Bevölkerungsschutz, zu berücksichtigen.

Fahrzeuge und Warnsysteme zügig ausrollen: Die im Pakt vorgesehenen Spezialfahrzeuge und der weitere Ausbau der Sireneninfrastruktur müssen schnellstmöglich bei den bayerischen Kommunen ankommen.

Digitale Warnung verlässlich machen: Sirenen, Mobilfunkwarnung und kommunale Informationswege müssen eng verzahnt werden. Die Warn-App NINA muss im Ernstfall auch den Weg zum nächsten Schutzraum weisen.

Kritische Infrastruktur durch moderne Maßnahmen schützen: Mit autonomen Drohnenflügen können kritische Infrastruktur wie Stromtrassen oder Bahnlinien

effektiv mit geringem Personalaufwand überwacht und geschützt werden. Hierfür müssen die gesetzlichen und technischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das Zuständigkeitswirrwarr bei der Abwehr unerlaubter Drohnenflüge wollen wir beseitigen.

Bevölkerungsschutz und Krisenresilienz müssen ganzheitlich gedacht werden:

Dazu gehört eine intakte Verkehrsinfrastruktur mit leistungsfähigen Verkehrswegen für die Versorgung der Bevölkerung und der Einsatzkräfte genauso wie die Gewährleistung der Ernährungssicherheit durch verlässliche heimische Lebensmittelerzeugung und die Krisensicherheit der öffentlichen Gebäude von Polizeidienststellen bis zu Kliniken. In diesem Zusammenhang müssen auch die dringenden Bauaufgaben des Bundes in Bayern – insbesondere für den Ausbau der Bundeswehr und der Verteidigungsbereitschaft – termingerecht und effizient umgesetzt werden. Der Freistaat übernimmt Verantwortung für den elementaren Schutz seiner Bevölkerung.

2. Ehrenamt als Rückgrat des Bevölkerungsschutzes stärken

Freiwillige Feuerwehren, THW und Hilfsorganisationen entlasten: Der Bevölkerungsschutz in Bayern lebt vom Ehrenamt. Damit die Freiwilligen ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen können, müssen Mittel für die Infrastruktur des Bevölkerungsschutzes schnell und effizient in konkrete Baumaßnahmen fließen. Ein Beispiel ist das THW-Bauprogramm. Entscheidend ist außerdem eine moderne und zuverlässige Ausstattung der Rettungskräfte. Die dafür vorgesehenen Mittel sowie die ergänzende Bundesausstattung müssen unbürokratisch vor Ort ankommen.

Medizinische Task-Forces (MTF): MTF sind eine Sonderausstattung des Bundes für den Zivilschutz, die auch im Katastrophenschutz eingesetzt werden kann. Damit die MTF ihre sanitätsdienstlichen Aufgaben bei der medizinischen Versorgung sowie einem weiträumigen Patiententransport erfüllen kann, ist eine zügige Auslieferung aller Einsatzfahrzeuge nötig. Insbesondere für die Unterbringung von Spezialfahrzeugen ist eine gezielte Unterstützung der Hilfsorganisationen durch den Bund nötig. Zudem sind die Einsatzstrukturen der MTF als standardisierte arztbesetzte Taktische Einheit im Spannungs- und Verteidigungsfall auf die bestehende Rettungsdienstlandschaft und die Strukturen zur präklinischen Versorgung bei einem Massenanfall von Verletzten eng mit den Akteuren des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes abzustimmen. Auch die strategische Patientenverlagerung nach dem Cluster/Hub System muss in diesem Zusammenhang Berücksichtigung finden.

Helfergleichstellung voranbringen: Die Sicherung der Einsatzfähigkeit ehrenamtlich getragener Strukturen ist Grundbedingung eines krisenfesten Bevölkerungsschutzes. Bei den Rahmenbedingungen für eine Freistellung ehrenamtlicher Einsatzkräfte z.B. für erforderliche Aus- und Fortbildungen sowie Übungen sind daher Lösungen zu entwickeln, die für alle Betroffenen tragbar sind. Denn Bevölkerungsschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nur im Einklang zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgern gelingen.

73 **3. Bevölkerung informieren und Selbstschutz stärken**

74 **Wissen über Bevölkerungsschutz von klein auf vermitteln:** Kinder und
75 Jugendliche sollen früh lernen, wie Selbstschutz und Selbsthilfe im Ernst- und
76 Krisenfall funktioniert und an die Tätigkeit in ehrenamtlichen Funktionen herangeführt
77 werden. Wir unterstützen die geplante Verankerung entsprechender Inhalte im
78 schulischen Lehrplan und fordern einen Krisenkompetenztag in den Schulen.

79 **Klare, unaufgeregte Kommunikation:** Maßnahmen wie das Schutzraumkonzept
80 oder Sirenenwarnungen müssen gegenüber der Bevölkerung klar und nachvollziehbar
81 kommuniziert werden. Gleichzeitig wollen wir die Eigenvorsorge der Bürgerinnen und
82 Bürger – etwa durch das Anlegen von Vorräten und das Ergreifen von
83 Vorsorgemaßnahmen im Haushalt – gezielt vorantreiben. Hier knüpfen wir an die
84 gemeinsame Kommunikationsinitiative der Innenministerkonferenz „Vorbereitung
85 zählt sich aus“ an.

86 **4. Bund, Freistaat und Kommunen müssen optimal zusammenarbeiten**

87 **Koordinierungsstelle zügig gesetzlich verankern:** Die neue Koordinierungsstelle
88 des Bundes für zivile Verteidigung braucht rasch eine tragfähige gesetzliche
89 Grundlage, die die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Kommunen klar regelt. Als
90 größtes Flächenland muss Bayern bei der Ausgestaltung intensiv eingebunden sein.

91 **Mehrjährige Planungssicherheit für die Kommunen:** Die Umsetzung des Pakts für
92 den Bevölkerungsschutz muss mit klaren, messbaren Verbesserungen für den
93 Freistaat und die bayerischen Kommunen verbunden sein. Nur so kann vor Ort
94 verlässlich geplant werden.

95 **Bayern macht den Bevölkerungsschutz krisenfest – mit moderner Ausstattung,
96 einem starken Ehrenamt und klaren Zuständigkeiten von Bund, Freistaat und
97 Kommunen.**